

Rentabilität versus Vorbildfunktion im Stadtrat

Bei der Sitzung in Burgbernheim wurde ausgiebig über eine mögliche städtische Fotovoltaikanlage diskutiert

BURGBERNHEIM – Als auch am Gehweg Unebenheiten auftraten, wurde das Problem offensichtlich: Der Abwasserkanal im nördlichen Bereich der Straße Hinter den Gärten hat sich auf einer Länge von 20 Metern um rund 25 Zentimeter gesetzt, auf die Stadt kommen Kosten in Höhe von rund 50 000 Euro zu. Nicht aber an dieser bösen Überraschung entzündete sich im Stadtrat eine emotionale Diskussion, sondern am Thema Fotovoltaik.

Sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und Solarmodule auf dem Dach der Sporthalle installieren? Kann sie es sich leisten, dass sich die Kosten aufgrund des geringen Eigenverbrauchs voraussichtlich erst nach 18 oder 19 Jahren amortisieren? Und ist bei Fotovoltaikanlagen überhaupt noch eine Vorbildfunktion möglich? Verschiedene Meinungen wurden im Stadtrat laut, teils prallten sie aufeinander. Ausgangspunkt war ein Antrag von Inge Hörber, die in der Vergangenheit schon häufiger eine mögliche Anlage auf dem Sporthallendach ins Gespräch gebracht hatte.

Erstmals war beim Hallenbau die Option diskutiert worden, unter an-

derem gab es damals Überlegungen, der TSV Burgbernheim könnte das Vorhaben schultern, bestätigte Vorsitzender Gerhard Wittig. Da der Verein aber Gefahr lief, mit der zusätzlichen Durchführung von Veranstaltungen körperschaftssteuerpflichtig zu werden, hätte ein „Riesendraufzahlgeschäft“ gedroht. Dennoch wollte sich der Stadtrat beim Bau der Sporthalle die Möglichkeit einer Fotovoltaikanlage offenhalten, das Dach wurde dementsprechend darauf ausgelegt. Mehrkosten in Höhe von 5000 bis 6000 Euro wurden dafür in Kauf genommen, so Bürgermeister Matthias Schwarz.

Er stellte den Stadträten die Kostenkalkulation vor, die Kämmerer Rainer Rank aufgrund der Anfrage von Inge Hörber erstellt hatte. Bei einer Investitionssumme zwischen 60 000 und 80 000 Euro und der Annahme von zehn Prozent Eigenverbrauch sowie der Berücksichtigung unter anderem der Betriebskosten hatte er ein Plus von zirka 8500 Euro nach 20 Jahren errechnet.

Ein Plus nach knapp 20 Jahren

Ab dem 19. Jahr, sagte Schwarz, wäre die Stadt mit der Anlage im Plus. Die Kostenaufstellung war für

ihn ein Grund, dem Vorhaben seitens der Stadt eine Absage zu erteilen. Eine mittelfristige Erhöhung der Schulden kam für ihn nicht in Frage. Auch mochte er die von Inge Hörber ins Spiel gebrachte Außenwirkung nicht erkennen, vielmehr verwies er auf die bestehenden Anlagen im Gemeindegebiet, die allerdings allesamt von Privatinvestoren realisiert wurden. Mit dem Verweis auf den geringen Gewinn verwarf Schwarz auch die Anfrage von Dietmar Leberecht, das Dach für eine Bürgeranlage freizugeben. Ohne den Faktor Eigenverbrauch ergebe die Anlage wirtschaftlich überhaupt keinen Sinn.

Die Schule einbinden

Friedrich Döppert griff den Gedanken auf, die Schule in die Berechnungen mit einzubinden, die für ein deutliches Plus beim Eigenverbrauch sorgen würde und damit die Effizienz erhöhen könnte. Zumal die Strompreise künftig weiter anziehen dürften, entstünde dann eine neue Berechnungsgrundlage. Zwar gab Günter Assel zu bedenken, dass ein Anschluss der Schule mit hohem Aufwand verbunden wäre. Mangels Alternativen müsste eine Verkabe-

lung bis zur Heizzentrale südlich der Schule erfolgen. Auch rechtlich würde das Vorhaben dann weitere Kreise ziehen. Während die Stadt über das Sporthallendach allein entscheiden könnte, bräuchte es für eine Einbeziehung der Grund- und Mittelschule einen Beschluss der Verwaltungsgemeinschaft, warf Schwarz ein. Dennoch stimmte lediglich er gegen den Antrag von Friedrich Döppert, zunächst mittels Zählern den Eigenverbrauch von Schule und Sporthalle detailliert zu erfassen und zudem die Kosten für eine Anbindung der Schule zu ermitteln. Dann könnte das Thema Fotovoltaik erneut im Stadtrat diskutiert werden.

Zuvor war der Antrag abgeschmettert worden, dass die Stadt eine Fotovoltaikanlage auf dem Hallendach errichtet, hierfür stimmten lediglich die vier SPD-Mitglieder Josef Bacher, Inge Hörber, Dietmar Leberecht und Karl-Otto Mollwitz. Ute Schmidt legte dabei Wert darauf, sich für eine fundierte Entscheidung einer städtischen Anlage nicht ausreichend informiert zu fühlen. Sie hätte sich zumindest gewünscht, die Auflistung von Kämmerer Rank im Vorfeld der Sitzung einsehen zu können. CHRISTINE BERGER